

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Rainer Brüderle, Walter Hirche, Ina Albowitz, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, Anita Schäfer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksachen 14/5841, 14/6955 –**

Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft innerhalb der Europäischen Union

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Tourismus ist eine der wichtigsten Dienstleistungs- und Zukunftsbranchen in Deutschland und weltweit. Damit das große Potential von 400 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Deutschland ausgebaut und die bestehenden 2,8 Millionen Arbeitsplätze gesichert werden können, muss der Tourismus zum integralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik entwickelt werden. Dabei kommt der Stärkung der mittelständischen Strukturen in der Tourismuswirtschaft eine zentrale Rolle zu. Allerdings sind dazu Rahmenbedingungen erforderlich, die Freiräume für eigenverantwortliches Handeln schaffen und Wettbewerbsverzerrungen abbauen.

Die Bundesregierung hat mit ihren bisherigen Initiativen die Rahmenbedingungen für die touristische Entwicklung in unserem Land nachhaltig verschlechtert. Mit der Einführung der so genannten Ökosteuer, der Neuregelung der 630-DM-Jobs, der Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz, und einer Steuerreform, die die Belange des Mittelstandes und damit der Tourismuswirtschaft zu wenig berücksichtigt, wurden die Rahmenbedingungen verschlechtert. Derartige nationale Verzerrungen senken die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismuswirtschaft und führen letztlich zum Verlust von Marktanteilen und Einkommen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- durch das Vorziehen der 2. Stufe der Steuerreform die Liquidität der Unternehmen zu erhöhen und die Kaufkraft der Verbraucher zu stärken;
- auf europäischer Ebene durch die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die deutsche Hotellerie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft nachhaltig zu stärken;
- die Einführung und die geplante Fortführung der so genannten Ökosteuer rückgängig zu machen; um so die Wettbewerbsnachteile für die heimische Tourismuswirtschaft zu beseitigen;
- durch die Durchsetzung von im EU-Rahmen vergleichbaren Normen, Auflagen und Standards, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu steigern;
- die Voraussetzungen zu schaffen, um die Dienstleistungsbereitschaft und Kundenorientierung weiter zu verbessern. Dazu gehören insbesondere
 - die Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung;
 - eine Liberalisierung der Sperrzeiten und längere Öffnungszeiten in der Außengastronomie (Biergärten);
 - die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes, um damit Bürokratie abzubauen und Deregulierung durchzusetzen;
- das Arbeitsrecht flexibler zu gestalten, um die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehören insbesondere
 - die Rücknahme der Regelung der 630-DM-Jobs;
 - die Arbeitserlaubnispflicht für legal in Deutschland lebende Ausländer abzuschaffen;
 - die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes zurückzunehmen;
 - das Teilzeitgesetz aufzuheben und
 - ein Zuwanderungssteuerungs- und Integrationsgesetz vorzulegen, um den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften vor allem in der Gastronomie und Hotellerie zu beheben;
- zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zusätzliche Initiativen aufzugreifen, die zu einer Stärkung der Tourismusbranche beitragen. Dazu gehört insbesondere
 - die touristische Beschilderung entlang von Autobahnen zur Stärkung des Deutschlandtourismus flexibler zu gestalten.

Berlin, den 7. November 2001

Ernst Burgbacher
Rainer Brüderle
Walter Hirche
Ina Albowitz
Jörg van Essen
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Gutmacher
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel

Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae